Die Tageszeitung
junge Welt

Gegründet 1947 · **Dienstag, 10. Juli 2012** · Nr. 158 · 1,30 Euro · **PVSt A11002** · Entgelt bezahlt

www.jungewelt.de

Ausbeutung 2.0

Globale Verwertungsketten, »Crowd Sourcing« – klingt sehr modern, zieht aber massive Prekarisierung nach sich – und das weltweit! Erster Teil einer Serie von Tomasz Konicz über Internet und Ökonomie **Seiten 10/11**

Nahost
Der UN-Vermittler setzt nach einem Gespräch mit Syriens Präsident Assad die Sondierungen fort **3**

Rente mit 70
Die Junge Union ist der Meinung, daß Ältere noch länger arbeiten sollen als bisher schon **4**

Druck der Medien
Heute berät das Bundesverfassungsgericht über Eilanträge zum Stopp des Fiskalpakts und des ESM **9**

Leihpflege
Die Zeitarbeit in Kliniken und Altersheimen nimmt immer mehr zu – und das zu Billiglöhnen **15**

Berlin meldet Chaos

Regierung fordert dazu auf, ihr eigenes Meldegesetz im Bundesrat zu kippen.

Von Mirko Knoche

Das dürfte einmalig in der deutschen Parlamentsgeschichte sein: Die Bundesregierung hat am Montag dazu aufgefordert, ein von der eigenen Koalition im Parlament durchgedrücktes Gesetz im Bundesrat wieder zu kippen. Dafür gibt es gute Chancen: Nicht nur Datenschützer, sondern auch Unions- und SPD-regierte Bundesländer lehnen die Regelung entrüstet ab.

Am 28. Juni hatte der Bundestag im Schnelldurchlauf das neue Meldegesetz verabschiedet, das den Datenkraken im Adreßhandel leichter neue Nahrung zuführen sollte. Nur wenige Abgeordnete saßen überhaupt im Plenum, weil ihre Kollegen während des Abstimmungsmarathons bereits die erste Halbzeit des EM-Halbfinales schauten. Sie mußten die beiden Treffer des italienischen Stürmers Mario Balotelli verwinden, der die Titelträume der deutschen Nationalelf verhagelte.

Nach dem Fußballkater setzte vergangene Woche eine Protestwelle gegen die Weitergabe von Einwohnerdaten an die Adreßhändler ein, die sich zu Wochenbeginn überschlug. Gestern kritisierte der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar im Deutschlandfunk: »Dieses Vorhaben – so wie es der Bundestag jetzt beschlossen hat – ist ein Geschenk für die Werbewirtschaft.« Denn selbst wenn die Bürger der Nutzung widersprechen, können Adreßagenturen und Werbevertriebe auf die Anschriften zugreifen, um Bestandsdaten zu bestätigen oder zu berichtigen. Im Klartext: Wessen Daten einmal in die Fänge der Kraken geraten sind, der kann sich dem Zugriff nie mehr entwinden.

MICHAEL URBAN/DAPD

Bürgerdaten auf dem Weg zum Adreßhändler

Schwarz-gelb hofft nun darauf, daß der Koalitionsentwurf vom Bundesrat gestoppt wird, wie Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag die Kehrtwende umschrieb. Selbst CSU-Chef Horst Seehofer will im Bundesrat als bayerischer Ministerpräsident gegen das neue Gesetz stimmen. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) geht davon aus, daß »jetzt der Vermittlungsausschuß einberufen wird, und daß sich hier noch eine Änderung ergibt.« Kurios mutet die Stellungnahme der FDP-Fraktion an: »Wir laden die CDU/CSU-Fraktion herzlich ein, schnellstmöglich zu einer Einwilligungslösung im Melderecht zu kommen«, erklärte ausgerechnet die innenpolitische Sprecherin der FDP, Gisela Piltz, die den Aufruhr erst verursacht hat.

Der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl und FDP-Frau Piltz hatten am 15. Juni, einem Freitag, einen Änderungsantrag zum Meldegesetz im Innenausschuß eingereicht. Darauf folgte eine sitzungsfreie Woche, der Ausschuß tagte dann am 27. Juni, einem Mittwoch. Es gab nur eine kurze Aussprache zum Thema, denn vielen Abgeordneten waren die Änderungen offenbar entgangen. Auch im Bundestagsplenum fand die neue Fassung keine Beachtung.

Der Internetblog Abgeordnetenwatch.de hat den Adreßhändler Schober als Nutznießer der Datenweitergabe ermittelt. Der habe für die FDP im Bundestagswahlkampf 2009 eine E-Mail-Kampagne organisiert. Zuvor hatte Piltz der CDU-SPD-Koalition im Bund pikanterweise noch vorgeworfen, »unter dem Druck der Adreßhandelslobby eingeknickt« zu sein.

Machtkampf in Ägypten

AP

Kairo. In Ägypten spitzt sich der Machtkampf zwischen dem neuen Präsidenten Mohammed Mursi und dem Militär zu. Das Oberste Verfassungsgericht erklärte am Montag, daß seine Entscheidung zur Auflösung des Parlaments endgültig sei und von keiner Institution des Landes infrage gestellt werden dürfe. Zudem sagte Gerichtspräsident Maher Al-Beheiri der Nachrichtenagentur *Reuters*, der Gerichtshof wolle am Dienstag über mehrere Klagen gegen Mursis jüngstes Dekret zur Wiedereinsetzung des von islamistischen Kräften dominierten Parlaments entscheiden. Das Parlament sollte am Dienstag erstmals nach seiner Auflösung Mitte Juni wieder zusammenkommen. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur lud der Parlamentspräsident die Abgeordneten zu der Sitzung ein. (Reuters/jW)

◆ Siehe Seite 6

Gewerkschaften lehnen Minijobregelung ab

Berlin/Frankfurt/Main. Die Pläne der Bundesregierung, die Grenze für Einkünfte aus einem Minijob von 400 auf 450 Euro zu erhöhen, stoßen bei den Gewerkschaften auf Kritik. Der stellvertretende Vorsitzende der IG BAU, Robert Feiger, sagte laut einer Pressemitteilung, skrupellose Unternehmer nutzten die Minijobs aus. In manchen Fällen müßten die Mitarbeiter 25 Stunden und mehr für die 400 Euro schuften. Mit der geplanten Erhöhung, die nach Koalitionsangaben im Dezember in Kraft treten soll, würde diese getarnte Schwarzarbeit nur ausgeweitet. Notwendig seien vielmehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und Mindestlöhne. Ähnlich äußerten sich ver.di-Chef Frank Bsirske und der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Franz-Josef Möllenberg. Momentan gibt es in Deutschland rund 7,5 Millionen Minijobber. (jW)

Bankster bringen Brüssel auf Trab

EU-Binnenmarktkommissar Barnier will Zinsmanipulationen wie beim Libor unter Strafe stellen

Nach dem Skandal um Zinsmanipulationen will die EU-Kommission die Märkte auch in diesem Bereich an die Kandare nehmen. Solche Eingriffe müßten unter Strafe gestellt werden, sagte ein Sprecher des für Finanzmarktreformen zuständigen EU-Binnenmarktkommissars Michel Barnier am Montag. Die geplanten Regeln gegen Marktmißbrauch sollten erweitert werden, damit sie auch die direkte Beeinflussung von Referenzzinssätzen wie den Libor (London Interbank Offered Rate) umfaßten. Die Behörden unter anderem in Europa und den USA ermitteln derzeit gegen mehr als ein Dutzend Großbanken. Dort sollen Bankster (aus Gangster und Banker gebildetes Schmähwort) den für untereinander vergebene Kredite maßgeblichen Zinssatz manipuliert haben (*jW* berichtete). Im Mittelpunkt stand bislang die Londoner Großbank Barclays. Dort mußten der Verwaltungsratsvorsitzende und der Bankchef zurücktreten.

Mit der Aufnahme von Zinsmanipulationen in den Katalog von Straftaten solle ein Schlupfloch in der EU-Gesetzgebung geschlossen werden, so der Sprecher weiter. Die EU-Kommission verhandelt derzeit mit dem Parlament und den Regierungen der Mitgliedsländer über neue Gesetze gegen Marktmißbrauch, die Mindeststrafen für Vergehen festlegen. Die Gesetze hätten in allen 27 EU-Staaten Gültigkeit, müssen aber noch vom Parlament und den Regierungen gebilligt werden.

Im Libor-Fall wird gegen mehr als ein Dutzend Großbanken ermittelt, darunter auch die Deutsche Bank und die Schweizer UBS. Ihnen wird vorgeworfen, von 2005 bis 2009 den Referenzzinssatz und andere Marktzinsen mit falschen Angaben manipuliert zu haben, um ihre wahren Refinanzierungskosten zu verschleiern und Handelsgewinne einzustreichen. Der Libor wird einmal täglich in London ermittelt und zeigt an, zu welchen Konditionen sich Banken untereinander Geld leihen. (Reuters/jW)

***junge Welt* wird herausgegeben von 1230 Genossinnen und Genossen** (Stand 12. Juni 2012). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

4 198625 901300 20028